

OA-Update / 01, 14.01.2021

# Südosteuropa



Mit der ersten Ausgabe des Südosteuropa-Updates für das Jahr 2021 informieren wir Sie wieder über die aktuellen Entwicklungen und Ereignisse in der Region verbunden mit den besten Wünschen für ein frohes Neues Jahr, Gesundheit und Erfolg. Noch vor Weihnachten gelang es den Verhandlungspartnern in Rumänien, sich im Anschluss an die Parlaments-

wahlen am 6. Dezember auf eine Koalition zu einigen. Kroatien erlebte unruhige Zeiten. Zum zweiten Mal in einem Jahr wurde das Land vor dem Jahreswechsel von einem Erdbeben erschüttert, dem in den ersten Januar-Tagen des neuen Jahres weitere Nachbeben folgten. Darüber wie über aktuelle Entwicklungen in Moldau oder Bulgarien informieren wir Sie in diesem Update.

Folgende Themen finden Sie im neuen Update:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Die **Corona-Lage** ist in der Region Südosteuropa nach wie vor zugespitzt. Die Fallzahlen sind weiterhin hoch und die Länder demnach als Risikogebiete eingestuft. Rückkehrer aus Risikogebieten nach Deutschland müssen sich seit dem 08.11.2020 online unter [www.einreisanmeldung.de](http://www.einreisanmeldung.de) vor Einreise registrieren und den Nachweis hierüber mit sich führen. Seit dem 11.01.2021 ist die „**Zwei-Test-Strategie**“ der Bundesregierung für Einreisende aus Risikogebieten in Kraft getreten. Jeder Einreisende muss fortan einen negativen Corona-Test vorlegen, welcher nicht älter als 48 Stunden ist oder diesen unmittelbar nach der Einreise durchführen. Zusätzlich wird eine fünftägige Quarantäne plus ein zweiter Test, beziehungsweise eine zehntägige Quarantäne ohne zweiten Test, gefordert.

Bis auf **Kroatien, Kosovo, Bosnien und Herzegowina und Serbien** verlangen die Länder unserer Region keinen **PCR-Test** bei Einreise. In **Serbien** wird zusätzlich zum Negativ-Test innerhalb von 24 Stunden eine Registrierung (<https://www.e-zdravlje.gov.rs/landing/?v=20210112>) über Einreise, Aufenthalt, Kontaktdaten und Gesundheitszustand nach Ankunft verlangt. Die Länder **Rumänien, Slowenien und Moldau** fordern lediglich eine Selbstisolation nach Ankunft. In **Bulgarien, Albanien, Nordmazedonien und Montenegro** wird weder ein Test noch das Einhalten einer Quarantäne verlangt. Auf Grund der hohen Infektionszahlen herrscht **Ausgangssperre in folgenden Ländern: Rumänien (23-5 Uhr), Slowenien (21-6 Uhr), Albanien (22-6 Uhr), Kosovo (19-5 Uhr) und in Montenegro (22-5 Uhr)**. In den meisten Ländern sind Lokalitäten wie Bars, Diskotheken, Restaurants, Museen und Bekleidungsgeschäfte komplett geschlossen oder haben bestimmte Auflagen. Zur aktuellen Lage in den einzelnen Ländern empfehlen wir Ihnen den Blick auf die Seiten der diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik sowie der Länder sowie der Auslandshandelskammern in den Ländern, die wir Ihnen unter der Rubrik Tipps und Links zusammengestellt haben.

In **Bulgarien** reagiert die Regierung auf die Folgen der Coronakrise bei Einkommenseinbußen oder Liquiditätseingpässen mit **finanzieller Hilfe**: Sie entschied, die sogenannte 60/40 Maßnahme bis September 2021 zu verlängern. Dabei übernimmt der Staat 60 Prozent der Ausgaben für Löhne und Sozialversicherungsbeiträge. Arbeitgeber tragen somit die restlichen 40 Prozent der Lohn- und Lohnnebenkosten. **Förderberechtigt sind alle Arbeitgeber, die einen Einkommensrückgang von 20 Prozent nachweisen können**. Finanziert wird diese Maßnahme mit dem Programmbudget „Entwicklung der Humanressourcen 2014 bis 2020“. Dem stärker betroffenen Sektor Hotel, Gastronomie, Tourismus und Verkehrswesen soll mit der erweiterten Maßnahme 80/20 bis 1. Mai 2021 geholfen werden. Insgesamt sollen 300 Millionen Lewa (ca. 153 Millionen Euro) des Haushalts 2021 für die 60/40 Maßnahme bis zum kommenden März 2021 investiert werden, um so 180.000 Arbeitsplätze zu retten. Weitere 300 Millionen Lewa sind für die Maßnahmen bis September 2021 geplant. Bisher wurden 627 Millionen Lewa (ca. 321 Millionen Euro) ausgezahlt und 250.000 Arbeitsplätze gesichert. Radio Bulgarien informiert [hier](#) über die Maßnahmen. Wie bereits berichtet, sollen am 28. März 2021 die regulären Parlamentswahlen stattfinden. Dieser Termin scheint aktuell noch in der Diskussion zu sein, wie Der Standard [hier](#) mitteilt.

Nach dem Erdbeben im März 2020 wurde **Kroatien** Ende Dezember erneut von mehreren **starken Erdbeben** heimgesucht. Die Epizentren lagen rund 45 Kilometer südöstlich von Zagreb. Betroffen waren vor allem die Kleinstädte Glina, Sisak und Petrinja sowie benachbarte Dörfer. Das European-Mediterranean Seismological Centre (EMSC) gab die Stärken mit 4,8 und 4,6, gefolgt von dem stärksten Erdbeben mit 6,4 an. Innerhalb von 49 Stunden seien in Kroatien 38 Erdstöße und mindestens sieben Tote verzeichnet worden, so das Nachrichtenportal [jutarnji.hr](https://www.jutarnji.hr). Die FAZ berichtet [hier](#) über die Situation.

Nach den **Wahlen in Rumänien** am 6. Dezember 2020 regiert nun eine europafreundliche Koalition aus der liberalen PNL von Ex-Ministerpräsident Ludovic Orban, dem Mitte-Rechts-Bündnis USR-PLUS (Union Rettet Rumänien) und der Partei der ungarischen Minderheit (UDMR). Obwohl die Sozialdemokratische Partei PSD die meisten Stimmen mit 29 Prozent erhielt, ist sie nicht Teil der Koalition. Am 23. Dezember 2020 erhielt der **liberale Ministerpräsident Florin-Vasile Ciu**, ehemals Finanzminister, mit 260 Für- und 186 Gegenstimmen das Vertrauensvotum des Parlaments. Das Ziel des Bündnisses war es, eine rasche Koalition einzugehen, um möglichst schnell Reformen einzuführen, um das Land zu modernisieren, so Orban. Die Regierung wurde noch am Abend vereidigt. Einen aktuellen Bericht finden Sie auf der Seite der Deutschen Welle [hier](#). Auf der offiziellen Seite der Regierung ([hier](#)) finden sie die Zusammenstellung des Kabinetts.

Der **serbische Präsident Aleksandar Vucic** hat am 1. Januar 2021 einen Teil des **russisch-türkischen Gasprojekts TurkStream-Pipeline** in seinem Land eröffnet. Er bezeichnete dieses Projekt als Schlüssel für die Sicherheit der serbischen Energieversorgung sowie für die künftige Entwicklung des Landes. Die Pipeline „TurkiStream“ des russischen Gasholding „Gazprom“ führt durch die Türkei sowie Bulgarien und beliefert zukünftig **Erdgas nach Serbien und Bosnien-Herzegowina**. Weitere Informationen gibt es auf Euractiv [hier](#).

In der **bosnisch-herzegowinischen Stadt Mostar** fand erstmals seit zwölf Jahren im Dezember 2020 wieder eine **Kommunalwahl** statt. Für den städtischen Gemeinderat wurden 35 Mitglieder gewählt. Insgesamt bewarben sich 370 Kandidaten, bestehend aus 38 Parteien, Bündnissen und Einzelpersonen. Rund 100.000 Menschen waren wahlberechtigt, wovon aber nur rund 55 Prozent ihre Stimme abgaben. Ein endgültiges Ergebnis der Kommunalwahlen steht auf Grund des komplexen Wahl- und Regierungssystems noch nicht fest. Ermöglicht hat die Wahl die Politikerin Irma Baralija der liberalen, antinationalistischen und multiethnischen Bürgerpartei „Nasa Stranka“ (auf Deutsch: unsere Partei), die eine Klage vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) eingereicht hatte. Ihre Vision ist es, die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilung der Stadt aufzuheben und eine gemeinsame Entwicklung ohne eine Trennung in den westlich-kroatischen und den östlich-bosniakischen Teil voranzutreiben. Eine ausführliche Analyse bietet Balkan Insight [hier](#). Bereits seit den Kriegen in den 1990er Jahren wird die Politik Bosniens und Herzegowinas von ethnisch-nationalistischen Parteien dominiert. Mostar ist sowohl ein Symbol für den multiethnischen Staat Bosnien und Herzegowina als auch für die Zerrissenheit und komplexe politische und gesellschaftliche Situation. Selbst nach 25 Jahren Dayton-Friedensabkommen ist Bosnien und Herzegowina stark gespalten. Die vielerorts etablierten Machtverhältnisse, Deindustrialisierung und die Abwanderung junger Menschen, die hohe Arbeitslosigkeit sowie Nationalismus machen dem Land schwer zu schaffen. Bereits am 15. November hatten in den anderen Landesteilen die **Kommunalwahlen** stattgefunden. Die Oppositionsparteien erklärten sich noch am selben Tag zu den Wahlsiegern unter anderem in den größten Städten Sarajevo

und Banja Luka. Auch in weiteren Kommunen gewannen gemäßigte Kräfte. Unter dem Titel „**Kleine Revolution in Bosnien und Herzegowina**“ berichtete die Deutsche Welle im November [hier](#) über die Ergebnisse der Wahlen.

Nach Medienberichten soll der deutsche **CSU-Abgeordnete Christian Schmidt der neue Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina** werden. Das Amt des Hohen Repräsentanten wurde mit dem Friedensvertrag von Dayton vor 25 Jahren installiert, um die Umsetzung des Vertrages, der gleichzeitig die Verfassung des Landes darstellt, zu überwachen. Bestellt und kontrolliert wird der Hohe Repräsentant vom sogenannten Peace Implementation Council (PIC), dem 55 Staaten und internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die OSZE oder die Weltbank angehören. Er würde damit den österreichischen Diplomaten Valentin Inzko ablösen, der seit 2009 das Amt Hoher Repräsentant und für die Umsetzung des Dayton-Friedenvertrages zuständig war. Unter anderem die Sarajevo Times berichtet [hier](#) darüber.

Nachdem **Maja Sandu** im November 2020 die Stichwahl um die Präsidentschaft mit 58 Prozent für sich entscheiden konnte, wurde sie Ende Dezember 2020 zur **neuen Präsidentin Moldaus** vereidigt. In ihrer Antrittsrede forderte sie vorgezogene Parlamentswahlen und betonte, dass die Bekämpfung von Korruption sowie der Aufbau eines Rechtsstaates zu ihren Hauptaufgaben gehören würden. Ebenfalls Ende Dezember erklärte Regierungschef Ion Chicu seinen Rücktritt, um im Dezember den Weg für Neuwahlen freizumachen. BalkanInsight berichtet [hier](#). Die Regierung steht wegen ihres Umgangs mit der Corona-Pandemie in der Kritik. Ein Interview mit der neuen Präsidentin gibt es [hier](#) auf der Internetseite der Deutschen Welle.

In **Kosovo** hat das Verfassungsgericht die **Wahl von Ministerpräsident Avdullah Hoti für ungesetzlich erklärt**. Daraufhin verfügte die amtierende Präsidentin Vjosa Osmani Anfang Januar die Auflösung des Parlaments und setzte **Neuwahlen für den 14. Februar** an. Vorausgegangen war eine Klage von Vetevendosje (deutsch: Selbstbestimmung) vor dem Verfassungsgericht. Einer der Parlamentsabgeordneten sei nicht wahlberechtigt gewesen, da dieser zum Zeitpunkt strafrechtlich wegen eines Betrugsverfahrens verurteilt war. Bei der Abstimmung am 3. Juni 2020 hatte Hoti insgesamt 61 von 120 Wahlstimmen erhalten und somit den seit Februar 2020 amtierenden, reformorientierten Regierungschef Albin Kurti von der linken Partei Vetevendosje abgelöst. Die Partei Kurtis hatte im Anschluss die Verfassungsbeschwerde gegen die neue Regierung eingereicht, welche nun Erfolg hatte. Die weiteren Informationen finden Sie zusammengefasst auf Der Standard [hier](#) und Deutsche Welle [hier](#).

## Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft

Nach einer kurzen Pause zwischen den Jahren laufen seit dieser Woche die **Auswahlgespräche für die 18. Stipendiatengeneration** des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans weiter. Nach den Ländern Serbien, Kroatien und Bosnien und Herzegowina werden Anfang des Jahres 2021 die Bewerber aus den Ländern Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Albanien interviewt. Über 1.300 Young Professionals aus den sieben Partnerländern des Programms haben sich für einen der maximal 75 Praktikumsplätze bei einem Unternehmen in Deutschland beworben.

### Aufruf zur Beteiligung:

Interessierte Unternehmen sind **weiterhin** herzlich dazu eingeladen, ihr **Interesse** an einer Beteiligung im Sommer 2021 abzugeben ([www.bit.ly/2kcTHgM](http://www.bit.ly/2kcTHgM)) oder sich direkt an die Programmdirektorin Antje Müller ([a.mueller@oa-ev.de](mailto:a.mueller@oa-ev.de)) zu wenden. Zudem haben Unternehmen die Möglichkeit, an den Auswahlgesprächen teilzunehmen, um ihre zukünftigen Nachwuchskräfte direkt auswählen zu können. Während die Interviews für Serbien, Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina noch 2020 durchgeführt werden, finden die Gespräche für Albanien, Montenegro, Kosovo und Nordmazedonien Anfang 2021 statt. Bei Interesse sind Unternehmen gebeten, sich ebenfalls direkt an Antje Müller ([a.mueller@oa-ev.de](mailto:a.mueller@oa-ev.de)) zu wenden.



## Kommende Veranstaltungen

---

- **Mitte Januar 2021: Auswahlgespräche** für die 18. Generation des Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für Kosovo und Nordmazedonien
- **20. Januar 2021: Arbeitssitzung des LAK SOE** zum Aktionsplan für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum der Länder des Westlichen Balkans, [Nur auf Einladung](#)
- **Mitte Februar 2021: Auswahlgespräche** für die 18. Generation des Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für Albanien und Montenegro
- **25. und 26. Februar 2020:** Die Handelskammern der sechs Westbalkan-Länder organisieren gemeinsam mit der DIHK Service GmbH ein **online-B2B für die Automobil- und Metallindustrie „Linking For the Future: Westbalkan und Deutschland“**. Die digitale Veranstaltung bringt deutsche Einkäufer und Supply Chain Manager mit Produzenten aus dem Westbalkan in Kontakt. Die Teilnahme ist kostenlos und bei minimalem Zeitaufwand können in virtuellen Einzelgesprächen neue Geschäftskontakte geknüpft und das Lieferantennetz erweitert werden. Weitere Informationen zur Veranstaltung und Hinweise zur Registrierung finden Sie [hier](#).

## Tipps & Links

---

Der Ost-Ausschuss unterstützte die von Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) und dem Aspen Institut Deutschland im Oktober im Rahmen des deutschen EU-Ratsvorsitzes organisierte **Internationale Konferenz zum Thema: Junge Menschen, Migration und die demografische Herausforderung in den Ländern des Westlichen Balkans**. Der Fokus lag hierbei auf den Herausforderungen und Chancen der Migration. Die Diskussionen zu dieser Veranstaltung sind nun auf dem YouTube Kanal der SOG [hier](#) verfügbar.

Wichtige Quellen mit **aktuellen Informationen** zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWV\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des **Corona-Virus** auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in [Albanien](#)
- Deutsche Botschaft in [Bosnien und Herzegowina](#)
- Deutsche Botschaft in [Bulgarien](#)
- Deutsche Botschaft in [Kroatien](#)
- Deutsche Botschaft in [Kosovo](#)
- Deutsche Botschaft in [Moldau](#)
- Deutsche Botschaft in [Montenegro](#)
- Deutsche Botschaft in [Nordmazedonien](#)
- Deutsche Botschaft in [Rumänien](#)
- Deutsche Botschaft in [Serbien](#)
- Deutsche Botschaft in [Slowenien](#)

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und bei [Twitter](#).

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#). Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gern an: Almut Wetjen, [A.Wetjen@oa-ev.de](mailto:A.Wetjen@oa-ev.de), Tel.: 01577-3423 612.

## Kontakt

---

Bitte beachten Sie, dass wir ab sofort unter neuer E-Mail-Adresse erreichbar sind:



**Anja Quiring**

Regionaldirektorin Südosteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

T: +49 30 206 167 130

E: [a.quiring@oa-ev.de](mailto:a.quiring@oa-ev.de)



**Antje Müller**

Programmdirektorin

Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft  
für die Länder des Westlichen Balkans

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.**

T. +49 30 206167-137

E: [a.mueller@oa-ev.de](mailto:a.mueller@oa-ev.de)



**Karen Kümpel**

Sekretariat Regionaldirektion Südosteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.**

T. +49 30 206167-131

E: [k.kuempel@oa-ev.de](mailto:k.kuempel@oa-ev.de)



Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

## Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

**Presse-Kontakt:** Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.  
Andreas Metz  
Tel.: +49 (0)30 206167-120  
E-Mail: [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)